

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 354.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 31. Juli 1913.

Abgabe für Halle und Borsdorf 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7 M., für die halbe Zeitung 12 M., für die ganze Zeitung 24 M. — Verlags- und Druckerei: Halleische Druckerei (Halle), Postfach 1111, Halle a. S.

Abgabe für die außerhalb der Provinz Sachsen liegenden Orte 3 M., durch die Post bezogen 3,50 M., für das Vierteljahr 9 M., für die halbe Zeitung 16 M., für die ganze Zeitung 32 M. — Verlags- und Druckerei: Halleische Druckerei (Halle), Postfach 1111, Halle a. S.

Verlags- und Druckerei: Halleische Druckerei (Halle), Postfach 1111, Halle a. S.

Verlags- und Druckerei: Halleische Druckerei (Halle), Postfach 1111, Halle a. S.

Gewerkschaft und Partei.

Obwohl zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei ein so inniger Zusammenhang besteht, daß ein sozialdemokratischer Führer schon vor einigen Jahren das Wort drüben konnte: Gewerkschaft und Partei sind eins, macht sich doch immer noch innerhalb der Gewerkschaften das Bestreben geltend, wenigstens in wirtschaftlichen Dingen sich eine gewisse Selbständigkeit zu wahren. Das zeigt sich auch bei der Behandlung des jetzigen Werftarbeiterstreiks durch die Gewerkschaftsleitung und die politische Presse der Sozialdemokratie recht deutlich. Die Gewerkschaftsleitung behauptet vorläufig noch immer den Standpunkt, daß der Werftarbeiterstreik nicht als ein „legaler“ Streik im Sinne der Führer der Gewerkschaften anzusehen sei, während der „Vormärts“ und die übrige politische Presse der „Genossen“ längst über diese Stellung hinausgegangen ist, und den Werftarbeiterstreik unter allen Umständen zu einer Sache der Partei stampeln will. Das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung sucht ja auch nach allerlei Entschuldigungen für den Bruch der Disziplin seitens der Werftarbeiter, aber es bleibt doch dabei, daß der Werftarbeiterstreik eine „wilde Arbeitseinstellung“ sei. Die Arbeiter hätten nicht die Mittel einer friedlichen Verhandlung erschöpft, sondern seien, ohne den Beginn der von ihren eigenen Organisationen den Unternehmern angebotenen Verhandlungen abzuwarten und ohne die Genehmigung der Vorstände dieser Organisationen zum Streik zu haben, ausständig geworden. Daß die Maßnahmen der Arbeitgeber eine Erbitterung der Arbeiter hervorgerufen hätten, sei, ganz gleich, ob die Arbeiter hätten sich dadurch doch nicht dazu treiben lassen dürfen, ihre eigenen Organisationsorgane zu ignorieren, die Maßnahmen ihrer Vertrauensmänner und Organisationsleiter zu durchkreuzen und die Verhandlungs- und Vertrauenswürde ihrer Organisationen aufs Spiel zu setzen. Bei dieser Sachlage könne nur die Weiterung der Gewerkschaftsleiter, Streikunterstützungen zu zahlen, gebilligt werden.

Ganz anders lautet das Urteil des „Vormärts“ über das Vorgehen der Werftarbeiter. Das Blatt nimmt die Nachricht von der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die den Werftarbeiterstreik erörtern soll, zum Anlaß, um einerseits die streikenden Arbeiter weiter zu beruhigen, andererseits aber auch seinen Gehorsam zu der Aufforderung der Gewerkschaftsleitung zu betonen. Der „Vormärts“ meint nämlich, es werde sich bei dem außerordentlichen Verbandstages kaum daran handeln können, zu untersuchen, wer in dem Streit um die Frage der Disziplin Recht oder Unrecht habe, die nächste Aufgabe müsse sein, dem Unternehmertum gegenüber, das durch seine Maßregelungen und die Einstellung von Streikbrechern vor Ausbruch des eigentlichen Kampfes die ungelungene Arbeitseinstellung provoziert hätte, eine „geschlossene Kampfesfront“ herzustellen.

Damit ist zweifellos ausgesprochen, daß das sozialdemokratische Zentralorgan mit dem Befehle der Gewerkschaftsleiter, durch Verweigerung der Streikunterstützung die Werftarbeiter wieder zur Disziplin zurückzuführen, durchaus nicht einverstanden ist und die Partei der Arbeiter gegen ihre wirtschaftlichen Führer nimmt. Daß damit der Anarchismus in der Arbeiterbewegung eine Lücke und Lücke geöffnet werden, liegt auf der Hand. Die politische Parteilinie in der Sozialdemokratie scheint sich aber darum wenig zu kümmern. Zeigt sich doch ihr eine Gelegenheit, die Gewerkschaftsleiter ihre Macht und ihr Übergewicht fühlen zu lassen und ihnen darzutun, daß die letzte Instanz auch in wirtschaftlichen Dingen eben die politische Parteilinie ist. Wir zweifeln nicht daran, daß unter diesem Drucke die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Stellungnahme der Gewerkschaftsleitung desabonieren und sich auf die Seite der politischen Parteiführer stellen wird. Der Vorgang wird nicht ohne Bedeutung sein, denn er zeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich bisher immer noch als der besseren Teil der Sozialdemokratie aufspielten, mehr und mehr unter die Herrschaft der radikalsten politischen Parteilinie geraten. B. R.

Ausländische Wanderarbeiter.

Nach dem Bericht der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin über ihr letztes, vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 laufendes Geschäftsjahr sind von ihr 729 575 Legitimationskarten (gegen 696 025 des Vorjahres) an ausländische Arbeiter ausgestellt; darunter sind 386 850 Arbeitern (gegen 375 083 des Vorjahres) oder 66 Prozent aller im Annte und 342 725 (gegen 320 942 des Vorjahres) an der Arbeitsstelle legitimiert. Von den letzteren hatten 144 734 Personen (im Vorjahre 129 931), welche auf ihrer Arbeitsstelle verblieben waren, lediglich die vorjährige Karte gegen eine neue umgetauscht.

Unfalllos ist das anbauender starke Wachstum der in der Industrie beschäftigten Ausländer auf 332 211 oder 45,5 Prozent aller bei 397 364 oder 54,5 Prozent landwirtschaftlichen, ausländischen Arbeitern gegenüber dem Geschäftsjahre 1909/10, in welchem 374 751 oder 53,8 Prozent auf die Landwirtschaft und nur 298 182 oder 41,7 Prozent auf die Industrie entfielen.

Aus Rußland kamen im letzten Jahre 281 813 Polen, 148 Ruthenen, 17 937 Deutsche, 3682 Litauer und 5282 Angehörige anderer Völker, aus Österreich 75 851 Polen (gegen 86 050 im Jahre 1908/09), 79 911 Ruthenen (gegen 82 718 im Jahre 1910/11), 54 553 Deutsche, 28 845 Tschechen und 27 784 Angehörige anderer Völker. Es scheint demnach, als ob die in Galizien vor zwei bis drei Jahren begonnene polnische Migration gegen die Sachengänger nach Preußen Erfolg gehabt hätte. Aus Ungarn stammten 23 025, aus Italien 52 177 (gegen 37 137 im Jahre 1908/09), aus den Niederlanden und Belgien 65 613 (gegen 44 798 im Jahre 1908/09), aus Frankreich und Luxemburg nur 909, aus den drei skandinavischen Königreichen 9458, aus der Schweiz 3846 und aus sonstigen Staaten zusammen 2771 Leute. Der Legitimationsvorgang bezieht sich nach dem Erlasse des preussischen Ministers des Innern vom 21. Dezember 1907 nur auf solche ausländische Arbeiter, die aus Ausland, Österreich-Ungarn und aus deren Hinterländern kommen. Daraus ist anzunehmen, daß aus südlischen und westlichen europäischen Staaten mehr Arbeiter kamen, als legitimiert worden sind.

Von den russischen Polen sind nur 281 521, von den österreichischen Polen 19 505, zusammen also nur etwas mehr als ein Fünftel in der Industrie, von den Ruthenen 37 026, mithin beinahe die Hälfte in der Industrie, von den russischen Deutschen sind 7708 oder etwa drei Siebtel, von den österreichischen Deutschen 51 906 oder fast alle in der Industrie beschäftigt gewesen, 25 784 Tschechen, 52 145 Italiener nahm die Industrie auf, das sind fast alle dieser Volks- oder Staatsangehörigen, ferner 6220 Estländer oder fast zwei Drittel und 55 310 Niederländer und Belgier oder über fünf Sechstel derselben. Man sieht hieraus, daß die Landwirtschaft die Polen als die billigeren Arbeitskräfte, hingegen die Industrie die anderen Leute bevorzugt, beide sich fast in gleicher Weise in die Ruthenen teilen.

Außer den Legitimationskarten wurden für die Kartoffelernte in den Provinzen Ost-, Westpreußen, den westlichen Kreisen Westfalen, Ost- und Westpreußen und den ober-schlesischen Kreis Kreuzburg noch an 14 200 Kartoffelablässe (gegen 11 956 des Vorjahres) aus Rußland besondere Karten erteilt.

Der Beginn der Bukarester Friedenskonferenz.

Die erste Sitzung der in Bukarest zusammengetretenen Friedenskonferenz hat am Mittwoch nachmittags 4 Uhr in Bukarest stattgefunden. Kurz zuvor erschienen die fremden Delegierten im Ministerium des Äußeren. Zuerst kamen die Serben und Montenegro, dann die Bulgaren und Griechen. Jede Delegation kam geordnet. Die rumänischen Delegierten erschienen einzeln. Von den Behörden waren besondere Maßnahmen getroffen worden, welche das Betreten des Ministeriums Unbefugten nicht gestatteten. Vor dem Palast hatten sich eine Anzahl Reitergeiger angesammelt. Von einem Augenblick an herrschte bei den Befehlshabern hollomonne Courtisane. Ministerpräsident Majorescu ließ die Griechen einmünden im Namen des Königs und der rumänischen Regierung willkommen. Ministerpräsident Bălăcescu hat im Namen der versammelten Staaten den Ministerpräsidenten Majorescu, den dauernden Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen. Dieser Vorschlag wurde durch Affirmation angenommen. Majorescu hielt sodann eine Ansprache, auf welche Ministerpräsident Bălăcescu erwiderte und erklärte, daß die Missionen dem Vorschlag einer Suspendierung der Feindseligkeiten zustimmten. Tomichew, der sich dem Vorschlag angeschlossen, drückte den Wunsch aus, daß alle Missionen von dem gleichen Geiste der Verbrüderung befeuert seien, wie die bulgarische. Die Sitzung wurde dann unterbrochen, um den militärischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten zu regeln. Nach Wiederanahme der Sitzung billigte die Konferenz das Protokoll über einen Waffenstillstand

von fünf Tagen. Vier Exemplare wurden den Chefs der Missionen übergeben, damit sie an die Hauptquartiere telegraphiert würden. Wie Bevollmächtigte bezeichneten mit lebhafter Begeisterung die einmütige Zustimmung zu dem Waffenstillstand. Die Konferenz vertagte sich dann auf heute, Donnerstag, 4 Uhr nachmittags. Um 6 Uhr wurde Ministerpräsident Bălăcescu vom König in Audienz empfangen.

Die Türken bleiben in Adrianopol.

Der türkische Gesandte in Bukarest überreichte in seiner Audienz am Dienstag dem Könige die Antwort des Sultan auf die letzte Depesche König Karls. Der Sultan bekräftigt darin nachdrücklich, daß der Reichsminister für den Schutz Konstantinopels und der Dardanellen notwendig sei.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ telegraphiert aus Adrianopol, daß ihm der türkische Kronfolger u. a. folgendes erklärt habe: „Ich kann nicht glauben, daß Europa wirklich den Willen hat, uns Adrianopol wegzunehmen, und daß es den noch nicht ratifizierten Londoner Vertrag als endgiltig ansieht, während es die schiedsgerichtliche Entscheidung von Petersburg annulliert. Das Mißgeschick der Waffen hat uns für einen Augenblick aus Adrianopol vertrieben. Die Tapferkeit der Osmanen (?) hat die Stadt zurückerobert. Dies ist die Gerechtigkeit des Simmels nach der Ungerechtigkeit der Menschen. Adrianopol ist heute für uns heiliger denn je. Man möge in Europa aber nicht glauben, daß wir noch dieser Wiedereroberung muselmanischen Gebietes uns abenteuerliche von dem Reformwerk abgeben werden, das wir in unserem asiatischen Reiche unternehmen. Die Wiedereroberung Adrianopels bedeutet für mein Vaterland die Hoffnung auf Wiedergeburt und das Unterpfand des göttlichen Reichthums.“ — Er verbeißt erklärte demselben Berichterstatter: „Wir werden Adrianopol niemals räumen; hier sind wir, hier bleiben wir. Wir werden uns bis auf den letzten Mann wider setzen, wenn es sein muß. Das ist der Entschluß der ganzen Armee. Europa möge dies wissen.“

Ueber die kriegsrisiken Ereignissen.

Das Serbische Pressebureau ist ermächtigt, zu erklären, daß die bulgarischen Meldungen über angebliche Siege der Bulgaren bei Kofitana vom 20. bis 23. Juli sowie besonders über eine Durchbrechung des Zentrums der serbischen Armee gänzlich unbegründet sind, daß jedoch zwar täglich von Bulgaren herorgeworfene Kampfe stattfinden, aber diese bulgarischen Angriffe bis jetzt immer erfolglos abgewiesen worden sind und daß die serbische Armee ihre Positionen unverändert innehat, ja sogar stellenweise durch bulgarische Angriffe veranlaßt, im Vorwärtigen begriffen ist.

Von allen Seiten wird bestätigt, daß die Kämpfe um den Westlich Schumaja-Pass sehr heftig und reich waren. Die Bulgaren wehrten sich in vorzüglich günstigen Stellungen ab. Sie ziehen sich jetzt in der Richtung auf Dubniza zurück.

Grausamkeiten und Proteste dagegen.

Der König der Serben richtete an Bălăcescu ein lauges Telegramm, in dem er gegen die Behauptungen der Bulgaren von angeblichen Grausamkeiten der Griechen gegen die Bulgaren Protest einbrachte und die Bulgaren der Missethater und Brandstiftungen beschuldigt. Der König beruft sich dabei auf das Zeugnis der Vertreter der ganzen auswärtigen Presse, die sich bei der griechischen Armee befinden. Zar Ferdinand ließ an die „N. O. C.“ u. a. telegraphieren: Der König wünscht, daß die den Verleumdungen übergeben haben, welche ohne vorhergehende gewissenhafte Prüfung solches Zügelgebende aufgenommen haben. Zwei parallele Kommissionen, die eine serbische Bulgariens, die andere internationale Natur, werden sich einer unparteiischen Untersuchung widmen, und ihre Verantwortungen und deren Ansätze feststellen.

Die deutsche Kolonie in Sofia bereitet eine Protestnote gegen die von den Serben und Griechen begangenen Grausamkeiten vor. Zahlreiche in Sofia wohnende deutsche Kaufleute beschwerten sich in Sofia bitter über die Behandlung, die sie von den griechischen und serbischen Soldaten zu erdulden hatten.

Deutsches Reich.

Deutsche Militärvergangenheit.

Die „Gazeta Ditrovska“ veröffentlicht unter Beifügung der Orts- und Personennamen folgendes Schreiben des Präsidenten der Untersuchungskommission aus dem Juli 1913: „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß Aniederer aus... mit polnischen Kaufleuten in... in Geschäftsbeziehungen leben. Der deutsche Kaufmann in... mo überwindend Polen lobten, hat immer um seine Zeitgenossen zu kämpfen, und hat nicht eines jeden Deutschen, der nicht nach Möglichkeit zu unterstützen. Um zu behaupten, daß er, das gerade Aniederer, die zur Stärkung des Deutschtums ansetzt sind und

